

FDP will Wölfe leichter jagen lassen

Vorfall in Vrees zeige „verfehlte Politik“

Vrees Noch ist nicht klar, ob der Wolf in Vrees zugeschlagen hat – aber nach Bürgermeister Heribert Kleene (CDU) fordert auch die FDP mit Nachdruck, die gesetzlichen Vorgaben für einen Abschuss der geschützten Tiere zu lockern.

Durch den Vorfall in Vrees, bei dem Schäfer Hans Heymann Anfang November 26 tote und vermisste Schafe zu beklagen hatte, werde einmal mehr die „ganze Dramatik und Tragweite einer verfehlten Naturschutzpolitik“ deutlich, schreibt der Ortsverband Emsland-Nord in einer Pressemitteilung. „Der Wolf als Raubtier ohne natürliche Feinde ist ein Problemtier für Nutztiere“, wird der Vreeser Bernd Nienaber zitiert. Derzeit ist allerdings nicht sicher geklärt, ob ein Wolf oder ein Hund für den Angriff verantwortlich ist.

Die etwa von Linkspartei und Grünen vorgeschlagenen 30 Euro Prämie pro Muttertier für Schaf- und Ziegenhalter seien sicher eine „kleine wirtschaftliche Abfederung von Schäden, die durch Wolfsrisse entstehen“, lösten aber nicht das Problem. „Tierwohl und Tierschutz müssen für Nutztiere und Wildtiere gleichermaßen bewertet werden“, verlangen die Liberalen.

Für Nienaber ist die Einzäunung von Herdentieren „eine sinnvolle, jedoch häufig auch unzureichende Schutzmaßnahme“. Da sich der Wolf nicht von Zäunen und Gesetzen aufhalten lasse, müsse die „Entnahme“ – sprich: Tötung – des Wolfs in das Jagdgesetz aufgenommen und dort verbindlich geregelt werden. „Wie unsinnig und kostspielig der Versuch ist, bestimmte Wölfe zu erlegen, hat die Vergangenheit mehr als deutlich gezeigt“, meint die FDP. Sie unterstütze deshalb den Entwurf einer Verordnung, die eine Obergrenze der Population festlege. „Wird diese Grenze überschritten, müssen Jäger das Recht haben, ohne formale Anträge den Bestand zu dezimieren“, schließt die Mitteilung. *rast, pm*